

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus zur Groß-Berlin 10.00 M. im voraus schickbar, von der Spedition selbst abgeholt 8.50 M. für Postversand nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbezogen für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M. jährlich. Postamtverpflichtung per Brief für Deutschland und Österreich 10.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 835-36 und 9768.

Die achtspaltige Hauptzeile über dem Raum kostet 2.- M., einschließlich Leerrangrücklage. Kleine Anzeigen: Das 10-spaltige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.00 M., einschließlich Leerrangrücklage. Leinwand Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 1.50 M. netto pro Zeile. Streifenzeile in Wortspalten: das 10-spaltige Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Anzeigen-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 835-36, Buchhandlung Zentrum 2645 „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 4030.

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Entscheidung naht.

Der morgige Tag soll die Entscheidung bringen über das Schicksal der neuen Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Nur die Freunde der Einheitsgemeinde sind imstande, aus ihr eine sozialistische Kommune zu machen, deren Wirken das Interesse der werktätigen Bevölkerung zu vertreten sucht. Die bürgerlichen Parteien sind alle Gegner der Einheitsgemeinde. Aber auch die Rechtssozialisten haben in ihren Reihen offene und versteckte Gegner. Nicht alle ihre Führer sind so ehrlich, wie der Charlottenburger Dr. Vorchardt, der die Einheitsgemeinde als das Unglück für die Arbeiterschaft ansieht und deshalb die bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterschaft zur Hilfe rief. Trotzdem wagt es die S. P. D., der Wählererschaft diesen Mann als Kandidaten zu präsentieren.

Das allein läßt erkennen, daß die Rechtssozialisten die Absicht haben, das

Handinhandarbeiten mit dem Bürgertum gegen die Unabhängige Sozialdemokratie.

das sie bisher in Berlin und in den Vororten übten, weiter fortzuführen. Die sozialistische Mehrheit in der Einheitsgemeinde ist in Gefahr, wenn die Rechtssozialisten ausschlaggebenden Einfluß erhalten. Genau wie sie im Reich die sozialistische Regierung ablehnen und dafür eine bürgerliche Minderheitsregierung durch wohlwollende Neutralität unterstützen, genau so haben sie in allen Groß-Berliner Gemeinden stets für eine Stärkung des Bürgertums gesorgt und mit dem Bürgertum gegen die Unabhängige Sozialdemokratie gearbeitet.

Das Bürgertum aber hat jahrzehntelang auf Kosten der Arbeiterschaft seinen Einfluß aufrechterhalten. Er kann nur gebrochen werden durch eine entschieden sozialistische Politik, die auf die Interessen des Bürgertums keinerlei Rücksicht nimmt. Die Politik der Rechtssozialisten im Reich, im Staate und in der Gemeinde war aber bisher stets geleitet von einer überaus großen Rücksicht-

nahme auf die altüberbrachten Rechte des Bürgertums. Wird diese Politik fortgesetzt, so hat auch weiterhin die Arbeiterschaft allein die gewaltigen Lasten in der Gemeinde zu tragen.

Damit aber muß gebrochen werden. Die Einheitsgemeinde Groß-Berlin muß der Arbeiterklasse den Aufstieg ermöglichen zu materieller Besserung und zur Schulung in allen Verwaltungsangelegenheiten. Nur die Unabhängige Sozialdemokratie tritt dafür ein, daß

aller Einfluß in der Einheitsgemeinde an die Arbeiter, Angestellten und Beamten

übergeht, daß rücksichtslos mit dem bisherigen Cliquenwesen gebrochen wird, daß die Bevorzugung des Bürgertums, die die Arbeiterklasse benachteiligt, endlich aufhört.

Die Unabhängige Sozialdemokratie aber ist auch die einzige Partei, die, gestützt auf ein klares Programm, in der Kommune wirklich sozialistische Arbeit leisten will. Sie wird, wenn sie die Mehrheit in der Gemeinde besitzt,

mit aller Entschiedenheit für die Kommunalisierung

eintreten. Insbesondere die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung muß im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung sofort in Angriff genommen werden. Auch das Wohnungswesen, das Druderei- und Anschlagwesen, das Festungswesen, die Herstellung von Erzeugnissen, die für die eigene Ausführung von Häusern und Wohnungen notwendig sind, und anderes mehr sind reif für die Kommunalisierung. Aber nur die Unabhängige Sozialdemokratie tritt dafür ein.

Wer deshalb an der großen Aufgabe der Durchdringung der Verwaltung mit sozialistischem Geiste mitwirken will, wer einer wirklich revolutionären Politik auch in der Gemeinde die Möglichkeit der Verwirklichung geben will, der benutze den morgigen Tag zur unablässigen Werbearbeit und Stimmabgabe für

Die Listen der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Aufruf zum Kampfe gegen Polen.

Kopenhagen, 18. Juni

„Verlingste Tidende“ meldet aus Helsingfors: Lenin, Trotzki und der Justizminister Kuznetz fordern in einem Manifest das alte Offizierskorps auf, die Kämpfe in der Arim, im Kaukasus und in Sibirien einzustellen und sich der Sowjetregierung für den Kampf gegen das imperialistische Polen zur Verfügung zu stellen. Wenn sie zum Siege Polens beitragen, würde man ihnen Amnestie für ihre frühere Tätigkeit in den Heeren Koltschak, Denikin und Wrangels gewähren. Ein ähnlicher Aufruf, sich dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen, wird an die Marine-Offiziere und die russische Intelligenz gerichtet.

Frankreich und die Entwaflnung Deutschlands.

Paris, 18. Juni.

In der Kammer erklärte bei Beratung des Kriegsbudgets der Abgeordnete Oberst Labryin in Bezug auf Deutschland, daß die deutsche Militärpartei durch die Niederlage ihren Einfluß verloren habe, daß das deutsche Volk den Krieg nicht mehr wolle, und daß auch Deutschland bezüglich seines Materials nicht mehr in der Lage sei, anzugreifen, solange die Alliierten die Brückenköpfe am Rhein besetzt hielten.

In diesem Augenblicke rief der Abgeordnete Vernabotte: Solche verbindlichen Neben sind widerwärtig! Als der Abgeordnete Labryin erklärte, er glaube an dem guten Willen des deutschen Volkes, rief der Abgeordnete Daudet, er verkenne die Wahrheit!

Der Kriegsminister erklärte, daß er nichts optimistisch sei, wie der Abgeordnete Labryin. In Deutschland gebe es eine Anzahl Leute, die sich nicht unterwerfen wollten, es gebe Saboteure, die noch immer für den Krieg arbeiteten, sogar neue Saboteure, die Kriegsmaterial herstellten. Er habe als Kriegsminister nicht das Recht, optimistisch zu sein. Deutschland mache nicht den Eindruck eines belagerten

Landes. Der Kriegsminister wies auf die großen Schwierigkeiten hin, denen die Kontrollkommissionen (angeblich) begegne und auf den schlechten Willen Deutschlands hinsichtlich der Vernichtung des Kriegsmaterials. Frankreich müsse so gerüstet sein, daß der Mann, der ihm gegenüberstehe, wisse, daß, wenn Frankreich etwas von Deutschland verlange, es sich auch in der Lage sehe, es durchzusetzen. Unter dieser Bedingung könne man den Friedensvertrag zu einer Realität machen.

Die Regierungstrife in Oesterreich.

Wien, 18. Juni.

Bei der heutigen Besprechung der Parteiführer beim Präsidenten Seih über die Neubildung der Regierung schlugen die Christlich-Sozialen die Bildung eines Kabinetts aus neutralen Fachmännern vor, das von allen Parteien unterstützt werde, oder eventuell eines parlamentarischen Konzentrationskabinetts, lehnten aber die Betrauung des demissionierten Koalitionskabinetts mit der Fortführung der Geschäfte bis zur Durchführung der Neuwahlen ab.

Die Großdeutschen stimmten der Bildung eines neutralen Kabinetts zu, wenn alle drei Parteien sich zur Unterstützung verpflichteten.

Die Sozialdemokraten erklärten, sie könnten ein bürgerliches Kabinett, auch wenn es nur aus sogenannten Fachmännern zusammengesetzt sei, weder wählen noch unterstützen. Die Beteiligung an einem Konzentrationskabinetts sei für die Sozialdemokraten ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten würden im äußersten Falle, wenn infolge der Weigerung der bürgerlichen Parteien, die Regierung zu übernehmen, eine Regierung überhaupt nicht zustande kommen könnte, zulassen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts bis zu den Wahlen die Geschäfte weiterführen, und zwar unter der Voraussetzung, daß bestimmte Bedingungen bezüglich der Wahlordnung, des Wahltermins und der Vermögensabgabe erfüllt würden. Die Verhandlungen wurden dann behufs Berichterstattung an die Parteien unterbrochen.

Reaktionäre Sozialpolitik.

Die Reaktion in Deutschland hat es gut. Bei jedem Versuch oder jeder Gelegenheit, wieder zur Macht zu kommen, findet sie den Boden zur Wiedererfrischung ihrer Gewalt durch die Regierenden der Republik so trefflich bereitet, daß sie nur den angespannten Fäden fortzuspinnen braucht, um zum Ziele zu gelangen. Als Haupt und Stütze an der Spitze buntebuntem Volkskreises in Berlin eingezogen, fanden sie neben konterrevolutionären Truppen den Belagerungsstand und die Technische Nothilfe vor, alles zur gefälligen Benutzung zur Verfügung gestellt durch die Ebert, Roske, Seine. Jetzt, nachdem die Wahlen der Reaktion den „legalen“ Weg zur Macht gebot zu haben scheinen, ruft die reaktionäre Presse zunächst nach einer Kammer der Arbeit und nach obligatorischen Schiedsgerichten. Und siehe da: wiederum ist alles prächtig vorbereitet. Die Kammer der Arbeit, wie sie reaktionärer nicht sein kann, ist in Gestalt des Reichswirtschaftsrats bereits im Werden, und in der Schlichtungsordnung liegt der Entwurf für ein Gesetz über obligatorische Schiedsgerichte gebrauchsfertig in den Akten des Herrn Schlichte. Ebenfalls so reaktionär, daß die Herzen der Sippe um Stresemann und Seigt nur so hüpfen werden vor Vergnügen.

Wir haben diesen Schiedsentscheid schon einmal bei einer Betrachtung seiner gemeingefährlichsten Bestimmungen als einen ganz einseitig gegen die organisierte Arbeiterschaft gerichteten Streich gekennzeichnet. Das auf dem Boden der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit mit Hilfe der berühmten Parteien erblichste Giftgewächs sucht allerdings zu täuschen.

Das Gesetzwerk verleiht das Recht mit großer Sorgfalt gleichmäßig auf Unternehmer und Arbeiter. Aber diese Parität in der Berechtigung ist schon ein Nachteil für die Gewerkschaften. Unternehmer- und Arbeiterorganisationen existieren und kämpfen unter so ungleichen Bedingungen, sind so verschiedenen Bewegungsgeboten unterworfen und folgen so ungleichen Antrieben, daß eine in der Theorie gleiche Verbindung in der Praxis immer zum Vorteil der Unternehmer ausschlagen muß, denn die natürlichen und sozialen Bindungen, die die Bedingungen und Möglichkeiten des offenen Kampfes ohnehin beengen, hemmen die Arbeitergewerkschaften viel stärker als die Unternehmerorganisation. Es ist viel leichter, eine Ausperrung zu machen und zu führen als einen Streik. Daher geht einst ganz allgemein die Auffassung, die Arbeiter seien die wirtschaftlich Schwächeren, auch wenn sie organisiert dem gleichfalls organisierten Unternehmertum gegenüberstehen. Eine gesunde Sozialpolitik, die diesen Namen verdient, ist stets, auch von den mildesten Sozialreformern, als ein Schwach, das heißt also eine Bevorzugung der wirtschaftlich Schwächeren angesehen worden. Hier aber, in der Schlichtungsordnung Sakides, stoßen wir plötzlich auf ein sozialpolitisches Gesetz, das beide Gruppen gleich und damit die Arbeiter schlechter behandelt, das auf solche Art die wirtschaftlich Stärkeren vor den lebensnotwendigen Forderungen der wirtschaftlich Schwächeren in Schutz nimmt.

Der Zwang zur Anrufung eines Schiedsgerichts vor einer Bewegung soll nach dem Entwurf für beide Teile gleich sein. Für die Arbeiterorganisationen braucht man diesen Zwang nicht, denn sie haben stets vor einem Streik Verhandlungen versucht und werden sie auch fernerhin stets herbeizuführen trachten. Die Verpflichtung zur Anrufung des Schiedsgerichts bedeutet also nur eine unnötige Einengung der natürlichen tatsächlichen Entwicklung einer jeden Einzelbewegung, deren Bedingungen und Bewegungsgehalte so eigenartig sind, daß es wider natürlich ist, sie unter ein schematisches von außen anzuwendendes Gesetz zu zwingen. Ein solcher Zwang bedeutet eine Schwächung des Koalitionsrechts und seiner freien Anwendung. Wird diese Unnatur erst sichtbar, so muß sie zur Umgehung des Gesetzes reizen und Verläufe zur gewalttätigen Erzwingung der verlorenen Freiheiten hervorbringen. Es ist kein Zufall, sondern die Wirkung eines logischen Gesetzes, daß in Australien dem Mutterlande der obligatorischen Schiedsgerichtsgebunden, das Ausfließen der fundamentalistischen Bewegung zumkommen ist mit der Einführung und Ausbreitung der Schiedsgerichte.

Gegen das Unternehmertum ist der Zwang zur Schiedsgerichtlichen Verhandlung weit weniger, vielleicht garnicht wirksam. Die Straßendrohungen, die der Entwürf bei Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen droht, werden die Koalitionen der Unternehmer nicht treffen. Auch die Anordnungen über die Abstimmung vor einer Ausperrung lassen sie unberührt. Der einzelne Unternehmer aber hat jederzeit das Recht, seinen

Welle zu knüpfen. Er braucht nur nach dem Vorbild der preussischen Eisenbahnbehörde zu einem günstigen Zeitpunkt „Anwirklichkeitsfragen“ vorzuschicken. Als Herr Delet im Januar mit den Schließungen der Eisenbahnwerkstätten begann, beteuerte auch er heilig und hoch, dass von einer Aussperrung keine Rede sein könne. Die Betriebs-schließung sei nur notwendig zur Durchföhrung einer Neu-regelung der Betriebsordnung, z. B. der Ertung der Wirk-schaftlichkeit der Betriebe. Damit ist durch die Staatsgewalt selbst der Präzedenzfall geschaffen, der eventuelle Entscheidungen bei Klagen gegen ähnliche Maßnahmen privater Unternehmer in Zukunft bei der Zusammenlegung und der Zuständigkeit der Schiedsgerichte und Revisions-instanzen, wie der Entwurf sie vorsieht, bestimmt beein-flussen wird.

Obwohl unsinnig ist der Versuch die Unternehmer zur Anerkennung ihrer unangenehmer, aber für zwin-gend erklärter Schiedsgerichtsbarkeit zu zwingen zu wollen. Der Zwang zur Anrufung des Schiedsgerichts und die Möglichkeit der Blockade oder Revision verzögert die Erledigung eines jeden Konflikts ungewiss. Bevor sich die Schlichtungswege des gerichtlichen Instanzenganges durchlaufen sind, darf sich keine Gewerkschaft rühren. Die Vor-sicht des Schiedsgerichts bestimmt die Frist innerhalb der sich die Parteien zur die Annahme oder Ablehnung eines Spruchs zu entscheiden haben. Er kann von außerhalb Zeitpunkts der Entscheidung beliebig lange hinauszuschieben. Nehmen die Unternehmer den Spruch an, während die Arbeiterorganisationen ihn ablehnen, so muß von diesem Termin ab abermals eine Woche ver-strichen sein, bevor ein gewanter Streik beginnen darf, sofern der Spruch nicht für verbindlich erklärt wird, was den Streik vollends ausschließt. Das aber sind nur die am meisten ins Auge fallenden Fesseln. Dazu kommen andere Möglichkeiten der Verzögerung, die durch das Recht der Verwaltungsbehörden zum Eingreifen in die Arbeitskon-likte „von Amts wegen“ entstehen.

Durch alle diese Verwicklungen und Verschleppungen wird es dem Unternehmertum erleichtert, ja geradezu an die Hand gegeben, Vorbereitungen zur gewalt-samen Abwehr unangenehmer Entscheidungen, deren Mög-lichkeit wir angedeutet haben, zu treffen. Wir müssen von dieser Seite auf alles gefaßt sein. Die Forderung der organisierten Unternehmer gegenüber dem Be-triebsträtegesetz beweist, wie geschickt und skrupellos sie den Widerstand gegen unangenehme Gesetzesbestimmungen zu organisieren verstehen.

Welchen wir dazu die weitgehenden Nachbefugnisse, die der Entwurf den Verwaltungsbehörden geben will, und vorgegenwärtigen wir uns den Charakter dieser Verwaltungsbehörden, so beharrt es keiner Prophezeie, um vorauszuweisen, daß den Gewerkschaften aus allem unentrinnbare Bindungen ihrer Be-wegungsfreiheit erwachsen werden, während das Unternehmertum sich nur insofern an die Bestim-mungen des Gesetzes wird zu halten brauchen, wie es ihm genehm ist.

Die Gewerkschaften werden diesen Wechselzopf von Niedertracht und Dumm-heit, gewachsen am Kopf eines sozialisti-schen Arbeitsministers, restlos abschneiden müssen. Lassen sie sich auf diesen Reim locken, dann sind sie verloren. Nicht nur, daß die Gewerkschaften durch ein solches Gesetz lahmgelegt werden, nein, es würde auch die Gefahr ausstehen, daß die Arbeiterschaft einem Versuch der Gewerkschaften, mit diesem oder einem ähnlichen Gesetz zu arbeiten, nicht lange zögernd zusehen, sondern ihnen den Rücken kehren und neue Organi-sationen bilden wird, um mit gewaltsamen Mitteln den Weg zurück zum Recht zu suchen. Auf die Wirkung der Schiedsgerichtsgebungen auf den Charakter der Gewerkschaften in Australien haben wir schon

hingewiesen. Unfrei, ihrer natürlichen Entfaltungsmöglichkeiten beraubt, ist die Gewerkschaftsbewegung nicht lebensfähig. Schon die freiwillig gewählten Freiheits-behränkungen, die die Gewerkschaftsinstanzen, einem ver-ehrten tatsächlichen Prinzip folgend, den Organisationen viel-fach auferlegen und besonders in letzter Zeit auferlegt haben, haben die Gewerkschaftsbewegung in eine Arie ge-worfen und ihre Einheit bedroht. Mit der Freiheit der Gewerkschaften stehen Einheit und Ver-stand der Bewegung auf dem Spiel. Im Kampf gegen das A-ies müssen die Gewerkschaften mit ihrer Frei-heit ihre Existenz verteidigen. Die deutschen Gewerk-schaften haben den Staatstreueverbot der Kampfs und Be-nutzen bekämpft, sie werden auch gegen die Anträge der legalen „demokratisch“ fundierten Reaktion der kapitalistischen Parteien kämpfen müssen, wenn es sein muß, mit dem gleichen Mittel, mit dem sie gemeinsam mit den sozialistischen Parteien den Versuch niedermachen.

Herr Schäfer aber dürfte zu den sozialdemokratischen Parteien gehören, deren fruchtbarer Tätigkeit es den Rechts-parteien wünschenswert erscheint, die Rechtssozialisten in eine vollends reaktionäre Koalition aufzunehmen. Den Kampfs hat der Mann überdauert. Er wäre, wie uns scheint, robust genug, um auch die neuemodernste Arie zu überleben, wenn der Wille seiner Partei, ihn nicht daran hindern würde.

Die Regierungskrise.

Es ist noch alles unbestimmt. Die Demokraten beraten noch immer; heute Vormittag soll ihre Entscheidung darüber fallen, ob sie in das Kabinett eintreten oder nicht. Die bis gestern nicht eingetretten demokratischen Abgeordneten sind zu diesem Zweck telegraphisch herbeigerufen worden. Die Herren Lehmann und Zimmern haben erklärt, daß sie unter keinen Umständen mit der Deutschen Volkspartei eine Regierung bilden würden und auf weitere Versuche, ein Kabinett zustande zu bringen, verzichten müßten, wenn die Demokraten ihre Mitwirkung ablehnten.

Es ist also noch ungewiß, ob die Regierung der Mitte zustande kommen wird, immerhin aber erfahren wir, daß sich ihr Pro-gramm bereits im Stadium der Ausarbeitung im einzelnen befindet. Die „Germania“ wendet einen großen Beifall daran, um den Demokraten klar zu machen, daß sie doch in die Regierung der Mitte eintreten müßten. Bedenken wegen des Re-gierungsprogramms sollte man von ihrer Seite nicht vorbringen, bevor man nicht versucht habe, darüber in gemeinsamer Aus-sprache zwischen allen drei Parteien sich volle Klarheit zu schaffen.

Das endgültige Wahlergebnis.

Insgesamt 26 017 590 gültige Stimmen abgegeben.

Das endgültige Ergebnis über die Wahlen zum neuen deutschen Reichstag wird jetzt offiziell bekanntgegeben. Da-nach wurden insgesamt 26 017 590 gültige Stimmen abge-gaben. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt 466. Nachstehend lassen wir die Zahlen der auf die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen folgen. In Klammern geben wir die Zahl der Abgeordneten der betreffenden Partei wieder. Es folgen Stimmen auf die Sozial-demokratische Partei 5 014 456 (112 Abgeordnete), Zentrum 3 540 830 (68 Abgeordnete), Deutschdemokratische Partei 2 202 334 (45 Abgeordnete), Deutschnationale Volkspartei 2 736 778 (66 Abgeordnete), Deutsche Volkspartei 3 606 316 (62 Abgeordnete), Unabhängige sozialdemokratische Partei 4 895 317 (81 Abgeordnete), Deutsche Mittelstandspartei 1 970 (0 Abge-ordnete).

ordnete), Kommunistische Partei 441 000 (285 Abgeordnete), Deutsche Wirtschaft- und Arbeitspartei 43 (0 Abgeordnete), Nationaldemokratische Volkspartei 8008 (0 Abgeordnete), Bayerischer Bauernbund 218 884 (4 Abgeordnete), Hannoverische usw. Partei 319 100 (3 Abgeordnete), Deutscher Wirtschaftsbund für Stadt und Land 88 652 (0 Abgeordnete), Christliche Volkspartei 65 219 (0 Abgeordnete), Bayerische Volkspartei 1 171 722 (durch Verrechnung in den Wahlver-bänden zusammen 21 Abgeordnete), Deutschsozialistische Partei 7216 (0 Abgeordnete), Lausitzer Volkspartei 8062 (0 Abgeordnete), andere „Parteien“ 84 708 (0 Abgeordnete).

Die Organisationspläne der Gegenrevolution.

Gefangene sind „still zu beseitigen“.

Die reaktionäre Presse hat in den letzten Tagen wiederholt tendenziös zurecht gemachte Nachrichten über die Vor-bereitungen eines „Antisozialisten“ Putschs in die Welt gesetzt, der in aller Eile zur Ausführung kommen werde. Sie hat dabei die Abwehrmaßnahmen der Arbeiter in Angriffslaktionen umzulegen; wo aber die wirklichen Putschisten zu finden sind, das mag fol-gender Operationsplan beweisen, der unseren Ge-mossen in Stettin in die Hände gefallen ist:

Sitzung geheim! Operationsplan für Greifenhagen, Tynia, Urnsvalde-West, Stargard-Südost. 1. Besetzungslage f. Stütz- und Anlege. 2. Stabsquartier Sabow, Operationsplätze Greifenhagen (Dr. Seiffert), Schützen (St. Madensen), Waulsenke (St. v. Hellborn), Jacobsdorf (St. Vork). 3. A. Beginn der Operationen: 1. Jedes Gut wartet ab. Die notwendigen Waffen bereit halten (evtl. Jagdwaffen pp.). Alle Leute... beurlauben. 2. Gefangene Arbeitstruppen. Sofort Fühling mit Arbeitern. Zuverlässige Elemente zu sich heranziehen. Un-aussächtige unzufriedene bewaffnete Brüche Blawung in Zivil. 3. Zeit bei drohender Haltung der Kuffständigen, die zur Notwehr zwingen, öffentlich bewaffnen, eng zusammenliegen, Blawungsführer festnehmen, evtl. still beseitigen. Darnach ver-suchen, Weges durch St. Ueberfälle pp. Waffen und Munition abzunehmen. Spione im feindlichen Lager halten. Verbin-dung mit Nachbargütern durch Zivilschlepptrouille. Fern-sprecher im Betrieb halten. Sofort eingehende Meldung zu-mit und zum Bezirksorganisations. Folgende Melde-letzte wird eingerichtet: Greifenhagen, Sabow, Neu-Grabe, Kunow, Nebenow, Waulsenke, St. Schönfeld, Greifenhagen, Tynia, Sabow, St. Waulsen (mit Netz auf Waulsen), Gotsch, Regau, Waulsenke, Waldenberg, Waulsenke.

Weiter wird in dem Operationsplan festgelegt, daß zum Angriff auf Stettin sich die gegenrevolutionären Trup-pen, die westlich der Oder auf den Gütern untergebracht sind, auf das Städtchen „Deinhardt“ in Bewegung zu setzen haben. Ausreichende Bewaffnung wird zur Pflicht gemacht. Sammelstellen und die das Kommando führenden Offiziere sind namentlich angeführt. Abgehende Grüne Binde am linken Oberarm, die sich jedes Gut selbst besorgt. Auf Anforderung haben die Güter Wa-gen und Pferde zu stellen zur schnelleren Beförderung der Kampftruppen. Die befohlene Widerstandslinie soll unbedingt gehalten werden.

Der Operationsplan regelt, wie man sieht, alle militärischen Maßnahmen bis ins kleinste, von der „unlich-baren Bewaffnung“ bis zur „stillen Beseitigung der Ab-wehraktion“. Unter „Ausbruch innerer Unruhen“ verstehen die Gegenrevolutionäre natürlich nichts weiter als die Ab-wehraktion der Arbeiterschaft gegen einen neuen Putsch zur Vertilgung der Republik.

Gedanken eines sibirischen Heimkehrers.

Ist es denn wirklich wahr? Kann es denn möglich sein? Man kann es immer noch nicht glauben. Wir sind ja zu häufig zu grausam enttäuscht worden. Viele Tausende von Kameraden sind im End der sibirischen Gefangenschaft darüber zugrunde gegangen. Alle waren wir schon verzweifelt, und niemand glaubte mehr, die Heimat wiederzusehen zu können. Aber jetzt ist kein Zweifel mehr möglich — Das große Schiff dort! Das ist die „Ceuta“, und die soll uns aufnehmen und uns nach Stettin bringen. Ganz deutlich kann man es sehen. Es ist ein deutscher Dampfer. Die schwarz-weiß-rote Fahne flattert am Mast. Und jetzt kann man auch sehen, wie die Matrosen in der Tockelage herumklettern. Plötzlich erschallt ein brausendes Hurra vom Schiff zu unserer Vergrüßung über die ruhige Fläche des sibirischen Meerbusens. Wir sind jetzt im Reich der Deutschen. Unsere Gefangenschaft hat jetzt ein Ende. Der Gedanke benimmt uns den Atem.

Der von uns hat über vier Jahre in der Gefangenschaft geschwunden, und der Gedanke, daß wir endlich befreit sind, ist so überwältigend, daß wir gar nicht instande sind, uns so plötz-lich mit dieser Tatsache abzufinden. Wir können es einfach nicht fassen! — Wir werden an Bord gebracht. Wie ein Traum müde und alles an. Die Matrosen behandeln uns wie Schweine. Aber am nächsten Tage ist schon alles überstanden, und die Reue ist erloschen. Man will doch wissen, wie es zu Hause aus-sieht. Die Matrosen haben über ein Jahr keine Nachricht aus der Heimat erhalten! Und was wir durch Zufall erfahren haben, war viel zu lüderlich, als daß wir uns ein richtiges Bild hätten machen können. Vom Kapitän bis zum Schiffskoch, Arzt, Telegraphisten, keiner kann sich retten! Jeder wird mit Fragen beharrt: Wie sieht es in Deutschland aus? Was ist dort los? — Doch was wir zu hören bekommen, klingt wenig erheitlich! Nur was uns der Herr Doktor oder Transportleiter erzählt, ist sich anders an, als die Darstellungen des einfachen Matrosen. Aber der Grundton ist stets der gleiche! Die Situation in Deutschland ist böse — unter Epileptismus jedoch hat wieder überhand genommen! Die Wiederkehr der Ruhe ist also andere zurückzuführen. Was sollen wir uns mit allerlei Ver-suchen quälen, wo wir die sichere Aussicht haben, in einigen Tagen in dem schönen Deutschland zu sein!

Endlich leben wir die deutsche Küste. Deutschland ist in Sicht! Wir sehen die sanfteren Hügelchen von Swinemünde, und noch ein paar Stunden Fahrt durch Swine und Pass — und die „Ceuta“ legt im Archipel von Stettin an. Junge Mädchen begrüßen uns mit Blumen, eine Musikkapelle spielt. Es ist alles sehr schön! — Doch das Lied „Deutschland, Deutsch-land über alles“ gefällt uns nicht, und wir hören die Matrosen nicht mehr so große Patrioten. Und das wissen wir alle

schon: Dieses Deutschland über alles“ hat uns in diesen Krieg hineingezogen, und ihm verdanken wir unsere traurige Lage! — Aber wir machen gute Witze zu diesem „Wesen Spiel“. Doch als man uns nach das schöne Lied vorspielt: „Dem Gott will rechte Günst erweisen, den...“, da wurden wir doch ärgerlich. Das war doch keine Günst, sich jahrelang in den sibirischen Steppen herumtreiben zu müssen! — Aber alles nimmt ein Ende, und so auch dieser schöne Empfang, und wir dampfen nach dem Durchgangslager ab. Dort sollen uns doch herrliche Gemüts erheitern! Der Dank des Vaterlandes ist uns ja gewiß!

Schon am nächsten Abend gab der Empfangsausschuß ein Abendessen: Klops mit Kartoffelsalat. Das war für einen an-geschwundenen Gefangenenmagen mal was Feines! Doch aber der Herr Verköstliche während des Essens und noch eine all-deutsche Wohlrede vorlesete, das war aber nicht fein! Kann man und denn das böhnen Essen nicht ruhig genießen lassen! Will man denn mit uns armen Gefangenen, die doch die un-terirden? Laßt uns doch in Ruhe! Wir wollen von Politik reden? Laßt uns doch in Ruhe! Wir wollen von Politik vorlesung gar nichts hören. Am allermeisten aber von eurer! — Dann gab es ungefähr 300 R., einen Anzug und ein Paar Stiefel. Mit 300 Mark läßt sich eigentlich nicht viel anfangen, und der Anzug ist auch nicht viel wert; aber lachend konstatieren wir, daß er die Heise bis nach Berlin wohl noch aushalten würde. Doch diese schweren Ungetüme von Schuhe ist die sind gar nicht zu verneuen, wenn man nicht gerade das Glück hat, Landarbeiter zu sein. Wir haben berückelerten und le-nopeliten Militärschuhen west und jebe Hausfrau aus der Wohnung.

Wir lassen uns aber darüber keine grauen Haare wachsen. Uns ist ja das Wiedersehen mit unseren Angehörigen bevor! Not sei Dank! Man findet sie noch einigermaßen gesund vor. Zwar recht schmal und blaß sehen sie aus — kein Wunder: Die jahrelange Angst um uns, Not und die Unterernährung sind nicht spurlos an ihnen vorübergegangen, aber das sollte jetzt alles besser werden. Der Ernährer ist wieder zu Hause! Und in der alten Stellung muß man ja wieder angenommen werden. Das ist ja geschicklich. Frohen Mutes streift man nach seiner alten Arbeitsstelle hin. Man ist ja keine Sache so sicher. Man muß ja wieder eingestuft werden. So sieht es ja im Reich.

My lauterfühem Kadein empfängt einen der Chef. „Also Sie sind wieder da?“ fragt derablassend der Gemaltige. „Ja, wohl, Herr Vork, ich bin wieder da.“ „Na, wie war es denn in Sibirien? Reicht halt, nicht wahr?“ „Ja, wohl, Herr Vork, recht ist; das heißt im Winter.“ Und so plätschert das geistreiche Gespräch fort. Endlich merkt er, worauf es ankommt: „Ach so, Sie wollen wieder bei uns eingestellt werden?“ „Ja, wohl, Herr Vork!“ „Ja, da kommen Sie aber zu einer schlechten Zeit.“ Wir müssen unseren Betrieb gerade jetzt sehr verkleinern.“

„Sooo... ich denke, man wird wieder an seinen alten Platz gestellt.“ „Ach so, Sie meinen die gesetzliche Bestimmung? Schö-nverständlich können Sie wieder eintreten. Aber das sage ich Ihnen gleich: Nach drei Monaten müssen wir Sie wieder entlassen. Wie haben nicht genügend Beschäftigung. Die Valuta steigt, und der Absatz sinkt.“

Und nun steht man wieder auf der Straße. Der furchtbare Kampf ums Dasein hat wieder begonnen. Geputzte Damen belin flücht darüber, elegante Herren stolzieren gewichtig vorbei. Die Läden gefüllt mit den verführerischsten Luxusgütern, die Delikatessengeschäfte voll der herrlichsten Leckerbissen. Es ist doch alles das, was man sich im Reich leisten kann! Und da werde ich furchtbar beleidigt: Ja, Mensch, das ist alles nicht für dich! So viel Geld kannst du gar nicht mit ehrlicher Arbeit verdienen, um daran teilnehmen zu können. Das ist alles nur für Kapitalisten und Schieber, die verstanden haben, sich der „Oberschicht“ zu entziehen. Und während wir im Felde sterben und unsere Angehörigen ohne Ernährer, quädel vom Hunger, zur Verzweiflung gebracht wurden, da lächeln deren Weizen.

Und dabei habe ich mich jahrelang im Schlingengroben ge-schunden, habe tausendmal den Tod vor Augen gehabt, wurde von Kugeln geschlagen, damit unterdessen dieses Paß zu Hause sich mäkelte! Ist denn die Deutschland der Tisch nur für Verdrüger und Schieber bedacht? Ist das der Dank des Vaterlandes? War-dum die Revolution! Unserem wird zum Dank für jahrelange strengste Pflichterfüllung mit 300 Mark und ein paar wertlosen Dampfen abgelassen, während die Brückberger und Schie-ber in Haus und Braus leben können. Darum haben wir gekämpft!

Da ist der dumme, ungebildete Russe, auf den wir immer mit höchstem Verachtung herabgesehen haben, doch klüger ge-wesen: Er nahm sein Gewehr, trieb dieses kleine Gefinde zum Tempel hinaus und rief:

daloispekulanti!

A. M.

Russische Literatur. Dokowitschs Biographie ist von seiner in der Schweiz lebenden Tochter geschrieben worden. Sie wird in einer schmerzlichen und rechtspolitischen Ausgabe er-scheinen. — Dr. Alfred Waldschmidt, von einer Württemberg-studentenreise aus Sowjetrußland zurückgekehrt, läßt im Ernst Sowjet-Verlage Tagelohndrucker „N. S. S. 10 20“ und ein umfangreiches Werk „Die wirtschaftliche Organisation Sowjet-rußlands“ erscheinen.

Finnland im Anfang des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben im Auftrage des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten. Mit 102 Abbildungen und 1 Karte. Deutsche der finnischen Lite-raturgesellschaft, Delfinsgasse. Verlag Otto Oroskowsky, Leipzig. Rudolf Goldscheid, Grundfragen des Menschenalters. Verlag E. S. Zol & Co. Vienna, Wien. Ruzick

Die englisch-russischen Verhandlungen.

Die Verhandlungen, die der englische Premierminister in London mit Krassin, dem Vertreter der Sowjetrepublik führt, gehen nur sehr langsam voran. Die Schuld an diesem schwerfälligen Tempo ist nicht nur in der Schwierigkeit der zur Beilegung stehenden Fragen zu suchen, sondern in mindestens eben so hohem Maße bei den Hindernissen, die sich vor Lloyd George und seiner Politik aufstürmen. Lloyd George will offenbar die russische Handelsbeziehungen mit Rußland herstellen und wahrscheinlich denkt er auch ernstlich an die Schaffung eines wirklichen Friedens, aber er stößt auf Widerstand sowohl bei den französischen Verbündeten, wie innerhalb seines eigenen Landes.

Vor kurzem hat er im Parlament noch einmal auf die Entschleunigung hingewiesen, durch die die leitenden Staatsmänner der alliierten Nationen sich auf den Konferenzen von London und San Remo einstimmig für die Aufhebung von Verhandlungen mit der Sowjetrepublik ausgesprochen haben. Trotzdem führt die bürgerliche Presse Frankreichs fort, den Leiter der englischen Politik heftig anzugreifen und ihn — wenn auch in den vorliegenden Wendungen, die — die Zeit gehenden Freunde gegenüber auf Dinge sind — des Vertreters an den französischen Interessen zu beschuldigen. Die französische Bourgeoisie denkt nur an die Milliarden, die sie dem zaristischen Rußland geliehen hat und spekuliert nach wie vor auf den Sturz der bolschewistischen Regierung und auf ihre Abweisung durch irgendein System, das den französischen Rentnern wieder zu ihrem Werke verhilft. Sie ist weiter davon überzeugt, daß, wenn tatsächlich der Handel mit Rußland wieder in Gang kommt, die englischen Kapitalisten das Fett von der Torte schöpfen werden und aus diesen Gründen folgt sie in der Fortsetzung des Kriegszustandes den einzigen Weg, der zum Ziel führen kann.

Aber lebensklüger als diese Wankung der herrschenden Klasse in Frankreich sind die Widerstände, auf die Lloyd George in England selbst, und zwar bei seinen eigenen Freunden und Kollegen stößt. Wechselt die Situation ist ein Artikel, den in diesen Tagen Winston Churchill, der Kriegsminister, in der „Evening News“ veröffentlicht hat, und der von den wilden Ausfällen gegen Lenin und die Bolschewisten trotz der besten Augenblicke, wo der Premierminister mit dem amtlichen Vertreter Rußlands Verhandlungen führt, nennt der Kriegsminister Lenin ein Vagabunde, das Rußland seines Friedens und seiner Freiheit beraubt habe, und das nichts fehlerhafter wünsche, als den Untergang des großen britischen Reiches.

Aber damit nicht genug! Daß die Polen ihren Krieg gegen Rußland mit englischen Waffen führen, ist bekannt, und nicht minder ist es bekannt, daß der General Wrangel, der jetzt auf den Spuren Denikins von der Krim her gegen die Rote Republik marschiert, über Waffen und Materialen verfügt, die ihm von England geliefert worden sind. Während die eine Hand sich anschießt, verteidigt sie untergeordnet, liefert die andere dem Gegner dessen, mit der man sich verbündet will, die Munition zu seiner Bekämpfung. In der Tat ein Zustand, der an innerer Unschicklichkeit nicht überbittren werden kann, und den der liberale „Manchester Guardian“ vor einigen Tagen sehr treffend charakterisiert, wenn er schrieb, daß die Regierung mit zwei Stimmen spreche und gleichzeitig zwei verschiedene Wege im Auge habe. Lloyd George sei offenbar nicht imstande, seine eigene Regierung zu kontrollieren. Während er sich um den Frieden bemüht, seien andere Mitglieder des Kabinetts darauf aus, jeden General und jeden Politiker zu unterstützen, der sich gegen Sowjetrußland stellt.

Auf den Ausgang dieses merkwürdigen Kampfes darf man gespannt sein. Neben von den englischen Arbeitern ab, die durch ihr proletarisches Empfinden auf den Weg der Freundschaft mit Rußland getrieben werden und die deshalb Lloyd George bei seinen Verhandlungen mit Krassin den Rücken decken, so handelt es sich bei dem Gegensatz der durch die Namen Lloyd George und Winston Churchill am besten gekennzeichneten wird, um das Ringen von zwei Gruppen, die beide kapitalistische Interessen vertreten und nur über die Methoden unartig sind. Der Kriegsminister und seine stark militärisch orientierte Gefolgschaft hat vor allen Dingen die bolschewistische und sozialistische Aufstrebungsgefahr im Auge. Er fürchtet die Herstellung normaler Beziehungen zu Rußland, weil er die Sorge hat, daß durch sie der sozialistische und klassenkämpferische Geist der englischen Proletariat gefördert werden könne.

Für diesen Sozialismus hat Lloyd George natürlich ebenso wenig übrig wie sein Kollege, aber er glaubt die Vorteile des englischen Kapitalismus auf anderem Wege besser wahrzunehmbar als dieser. Einmal sieht er die Bedrohung der britischen Interessensphären in Asien durch die Volkswirtschaft und hofft, daß ein Handelsvertrag der unheimlichen Tätigkeit der Russen in Persien und an den Grenzen Indiens ein Ziel setzen werde. Dann aber will er und wollen die liberalen Kreise, die auf seiner Seite stehen, eben Handel treiben und Gewinn machen. Sie halten es für falsch, sich die Möglichkeit zur Annäherung kommerzieller Beziehungen durch sentimentale Vorurteile zu verdamnen, und deshalb erinnert der leitende Staatsmann Englands mit Recht daran, daß man doch schließlich auch mit dem zaristischen Rußland Handel getrieben habe, ohne daß man mit seinen politischen Grundrissen einverstanden gewesen sei, und daß die politischen Konflikte sich doch auch nicht gelöst hätten, ihre Verbindungen mit der Türkei zu unterhalten, obwohl die Staatsamt der türkischen Regierung noch viel nichtträglicher gewesen sei, als die der Volkswirtschaft.

Bei der Veranlassung des englischen Kapitalismus und nicht des englischen allein dürfen wir annehmen, daß diese Auffassung schließlich den Sieg davontragen wird, wenn man sich anders tatsächlich ein Geschäft verschaffen kann. Alles wird davon abhängen, was die Russen zu bieten vermögen. Schaut ein Profit dabei heraus, dann vertritt sich das Bürgertum mit dem Zauber in der Hand. Nur fürchten wir, daß der Sieg dieser Richtung auf keinen Fall ein ganz uneingeschränkter sein wird, und auch wenn die Russen nach und nach nach England fließen und gar englisches Kapital sich in russischen Eisenbahnen und Bergwerken investieren lassen, werden sie doch, solange die gegenwärtigen Machtverhältnisse in England bestehen, genötigt sein, gegen den anderen Flügel des englischen Kapitalismus gerichtet zu bleiben. Er wird einstweilen nicht davon ablassen, in das Gebiet des ehemaligen russischen Reiches Waren zu exportieren, die der Sowjetregierung weniger erträglich sind als landwirtschaftliche Maschinen und Eisenbahnmateriale.

Der großkapitalistische Meinungsauflauf.

Nachdem die bayerische Demokratie ihre beiden Mitglieder der Reichstages, die „Rüchgen-Rüchgen“ und die „Kampfer-Kampfer“, aus dem Reichstagen vertrieben hat, sind nunmehr auch die demokratischen „Kampfer“

Bürgerrechtler in der Reichstagswahl.

Ebenfalls ist der Verlag J. G. Holtzwarth Nachf. in Frankfurt am Main, in dem die „Frankfurter Nachrichten“ erscheinen, an ein Frankfurter Finanzkonjunkturverkauft worden, das diese Zeitung im Sinne der Deutschen Volkspartei weiterführen will.

Gemeindewahl und Stadtverordnetenwahlen.

In einem Artikel des „Vorwärts“ leitet sich der rechtssozialistische Stadtverordnete Emil Dittmer neben zahlreichen Verdrehungen der Tatsachen auch die Bemerkung „den Unabhängigen könne zugestanden werden, daß sie in den Kommissionen die positive Arbeit der Reichssozialisten oft unterstützen.“ Wenn man auch anlässlich der Wahlbewegung für manches Verständnis hat, so müßte es doch geradezu lächerlich an, wenn die Reichssozialisten sich ihrer Arbeit für die Angestellten und Arbeiter in den Gemeinden rühmen. Daß doch die letzte Stadtverordnetenwahl den unabhängigen Wähler gestellt, die zu dem Rechtssozialisten der Hilfskräfte einschließen sollten, daß sie hin- und herpendelten zwischen der Angst vor den Wählern und ihrer inneren reaktionären Neigung. Oranau so zweispaltig war ihre Stellungnahme auch früher. Oranau haben sie nicht nur in der Stadt Berlin, sondern auch in den Vororten mit den Bürgerlichen gegen die Forderungen der städtischen Arbeiter gestimmt, so daß die städtischen Arbeiter, wenn sie irgendeinen Wunsch hatten, sich immer an die unabhängige Fraktion wenden mußten. So ist z. B. die Entlassung und Verhaftung einzelner städtischer Arbeiter in Charlottenburg anlässlich des Generalkongresses im Januar ausschließlich die Folge der Haltung der rechtssozialistischen Fraktion, deren Antrag den Wählern zu keinem schmerzhaften Vorgehen gegen die Arbeiter veranlaßte. Arbeiter aus Gefängnis zu bringen, das ist die Fürsorge der rechtssozialistischen Gemeindevorsteher gewesen. Bei einer anderen Gelegenheit wurde in Charlottenburg die Erhöhung der Bezüge der Wählern mit den Stimmen der Rechtssozialisten abgelehnt, obwohl wenige Tage später selbst der realistische Magistrat die Mäßigkeit dieser Forderung anerkennen mußte und sie auch bewilligte. So haben sich die Reichssozialisten bei jeder Gelegenheit als Feinde der städtischen Arbeiter gezeigt.

Besonders wenig Beachtung aber hat Herr Dittmer sich seiner Fürsorge für die städtischen Arbeiter zu rühmen. Denn als einzelner Anhänger der Arbeitergemeinschaft hat er es zu lange geberührt, daß der Vertreter der Berliner Kommune zum Stadtverordneten der Gemeindevorsteher wurde. Dadurch ist die Gefahr heraufbeschworen worden, daß der Reichsmantel, der von diesem Verband ausgeht, mit der sehr wesentlichen Verschlechterung für die Berliner Arbeiter einhält, auch für Berlin Geltung haben wird.

Ebenso unrichtig sind die Behauptungen Dittmers über die „herverragende Tätigkeit“ Eissenhofs in der Jugendpflege. Er soll die fürsorglichen Einrichtungen vollkommen neu aufgebaut haben, während in Wirklichkeit von grundsätzlicher sozialistischer Arbeit nicht im geringsten die Rede sein kann. Im Gegenteil, mehr noch als früher sind jetzt in der Jugendfürsorge die adeligen Damen, die soziale Arbeit nur als Sport betrachten, ausgeschlagen. Die Direktoren herrschen auch unumschränkt als je. Sozialisten sind mit Rücksicht nicht zu dieser Arbeit herangezogen worden, so daß im wesentlichen alles in den alten Bahnen sich befindet. Nichtig ist es in der Erwachsenenfürsorge. Auch hier haben die unabhängigen Sozialdemokraten, insbesondere die Genossin Mathilde Wurm, einen hartnäckigen Kampf gegen das Bürgertum und die Rechtssozialisten führen müssen. Jeder kleine Fortschritt mußte erst unter Überwindung ihres scharfen Widerstandes errungen werden.

Jeder wirkliche Fortschritt in der Gemeinde ist auf die Tätigkeit der unabhängigen Sozialdemokraten zurückzuführen. Sie verkörpern allein das wirklich sozialistische Element in der Kommune. Sie allein haben die Kraft an den Tag gelegt und die Unabhängigkeit vom Bürgertum bewiesen, die Voraussetzung eines sozialistischen Fortschritts ist.

Die Eisenbahnerordnung bei Lloyd George. Keine Einstellung der Munitions- und Truppeneinheiten nach Irland.

Der Eisenbahnerführer Thomas teilte mit, die Abordnung habe Lloyd George vorgeschlagen, die Regierung möchte die Sendung von Truppen und Munition nach Irland einstellen. Dafür würden die Eisenbahner an das irische Volk einen Rufus richten, Verbrechen, Gewalttätigkeiten und Aufstrebungen jeder Art zu unterdrücken. Während dieses Waffenstillstandes würden die englischen und britischen Gewerkschaften zusammenkommen. Hieraus solle die Regierung mit den Volksauschüssen der zwei Konzepte beraten, um eine endgültige Lösung der irischen Frage anzustreben.

Die Regierung lehnte es ab, die Entsendung von Truppen und Munition einzustellen. Sie werde aber alles tun, um eine Herabsetzung zu erreichen und werde mit jedem Vertreter englischer und irischer Arbeiterkreise einschließlich von Vertretern der Einzelner Besprechungen abhaken. Weiter könne die Regierung nicht gehen.

Thomas sagte hinzu, die Regierung beabsichtige, falls die Eisenbahner auf ihrer Forderung, Truppen und Munition zu beschießen, verharren, die irischen Eisenbahnen stillzulegen, was eine äußerst ernste Lage hervorrufen würde.

Die polnische Kabinettsliste.

Warschau, 19. Juni. Jan Brezski hat den Auftrag zur Bildung des Kabinetts erhalten.

Russische Gewerkschaftsvertreter nach England

London, 18. Juni. Die englische Arbeiterabordnung, die Rußland besucht hat, hat den russischen Gewerkschaftsbund eingeladen, eine Abordnung zu senden und hat dringend erachtet, alles Mögliche zu tun, um den ungehinderten Zutritt der Delegation nach England zu ermöglichen.

10. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Aussprache über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Die Opposition tritt für die Vertagung der Buchdrucker im Buchdruckeramt ein und wendet sich in längerer Ausführung gegen die Opposition. Der Generalkongress sei eine sehr zweifelhafte Sache.

Sabbege-Vorstand: Sie habe gestern gesagt, daß mit den allen Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes nicht weiter gearbeitet werden könne. Das meinen wir auch. Die Arbeitslosenfrage ist heute nicht mehr zu lösen als eine reine Unterhaltungsfrage. Neben demangel die Demobilisierungsbestimmungen, die den Unternehmern mancherlei Risiken zum Durchschlagen bieten. Bei der Frage der Arbeitslosigkeit wird sich die Solidarität der Kollegen zeigen können. Auch die Erzielung des Nachwuchses zum im Klassen eine Zusammenfassung erfolgen die die Arbeiter in Massenampfe zusammenführt. Das geschieht aber nicht durch ein Wort wie der „Jugendbrüder“. In revolutionären Zeiten werden die Buchdrucker dazu gezwungen, lückerige Nachrichten zu verbreiten. In diesen Punkte möchte Nachteil geschaffen werden. (Beifall.)

Sabbege-Vorstand: Wenn Vorschläge gemacht werden, die die Opposition nicht mehr zu ihrem Rechte kommen lassen, so werden Sie hier das gleiche erleben, wie auf politischem Gebiete. Neben weißt an der Hand von Beispielen aus seinem Gau die schwankende Haltung des Verbandsvorstandes nach, der sich unzulässig gezeigt habe, den Organisationen Karls Direktiven zu geben. (Beifall.)

Sabbege-Vorstand: Die unsicheren Verhältnisse in Berlin während des Generalkongresses hätten zu den ausweichenden Antworten geführt. Der Verbandsvorstand vertritt die Auffassung, daß sich keine Möglichkeit mit Zirkularen an die Gänge wenden dürfe. Disziplin müsse gewahrt werden.

Hof-Nachdruck: Eine gesunde Opposition müsse man gelten lassen. Nach der Aussprache müsse ein klares Einverständnis erzielt werden, wo wir uns zusammenfinden könnten. Bei der ungetreuen Treueverpflichtung wußten wir Gewehr bei Fuß stehen, weil uns die Hände gebunden waren durch die tariflichen Abmachungen. Es müßten andere Wege gefunden werden, um die Kollegenchaft besserzustellen. Wenn nicht mit Tarif, dann ohne Tarif. (Beifall.)

Waller-Neutlingen: Es sei falsch, daß geglaubt werde, Leipzig und Berlin seien die einzigen Orte der Opposition. Auch in den kleineren Orten sei die Opposition sehr stark. Auf die Tarifgemeinschaft eingeworfen. Der Industrieverband müsse kommen. Die Opposition habe schon in den neunziger Jahren bestanden und damals schon sei gegen die Tarifgemeinschaft angeknüpft worden.

Reisner-Königsberg verteidigt die Kriegspolitik der Gewerkschaften. Dem Tarifverbanden müsse die starke Form genommen werden.

Nörber-Vorstand: Ich selbst sehe mehr oder weniger auf Seiten der Opposition. Bei aller Opposition müsse die Rückhaltung gewahrt werden. Ich bin einverstanden mit der Opposition und verlange Klassenkampf in jeder Richtung, aber in vernünftiger Weise unter Berücksichtigung der realen Verhältnisse.

Grahmann-Berlin (Vertreter des A. G. B.) verteidigt die Kriegspolitik der Gewerkschaften. Die Arbeitergemeinschaften sind der unvollkommene Ausdruck einer unvollkommenen Welt. Die Unvollkommenheit seien an die Gewerkschaften herangebracht. Die Vertreter der Gewerkschaften hätten damals erkannt, daß die desorganisierte Wirtschaft wieder aufgebaut werden müsse. Der Vorstand verteidigt dann in seinen weiteren Ausführungen das Betriebsrätegesetz, die Tarif- und Gewerkschaftspolitik der Organisationsleitungen. In den Gewerkschaften sei nach Auffassung der Opposition die Einheit nur dann möglich, wenn die Mehrheit über den von der Minderheit vorgehaltenen Stief springe. Der Kampf müsse jedoch durchgeführt werden bis zu den letzten Konsequenzen. Wenn sich die Richtungen in den bevorstehenden Kämpfen über alle Parteigrenzen hinweg einigen, dann werde es möglich sein, der Reaktion zu begegnen. (Beifall.)

Nachmittags Sitzung.

Vor Eintritt in die weitere Diskussion erteilt die Mandatprüfungskommission ihren Bericht. Ein Protest gegen die Mandatprüfungskommission wurde auf Antrag der Mandatprüfungskommission gegen drei Stimmen abgewiesen.

Picouss wird in die weitere Aussprache über den Vorstandsbericht eingetreten. Die Verhandlungen gestalten sich teilweise sehr lebhaft. Von der Opposition kamen Marien-Gambury und Lampe-Vorstand zum Wort. Der erstere geht auf die Damsburger Verhältnisse ein und begründet in wirksamer Weise die grundsätzliche Notwendigkeit der Opposition. Lampe-Vorstand erklärt die grundsätzliche Gegensatz zwischen der alten Gewerkschaftsbureaupolitik und den Forderungen der revolutionären Entwicklung. Die Kollegen müßten fleißig auf die neuen Kämpfe vorbereitet werden. Der Generalkongress habe gezeigt, daß die Massen der deutschen Arbeiter der Diktatur des Proletariats entgegen.

Hesseltari-Leipzig wendet sich in seinen Ausführungen insbesondere gegen die Tätigkeit der Leipziger Opposition und bemerkt, daß es sich um einen reinen Parteikampf handle. Die U. S. V. und A. R. D. wollen die Gewerkschaften zerbrechen. Unter steigendem Widerspruch ergeht sich der Redner gegen die Vertreter der Opposition. Dieser komme es nur darauf an, Kritik zu üben und keine praktische Arbeit zu leisten.

Hierauf erfolgt Schluß der Nachmittagsitzung.

Der rechtssozialistische Parteitag ist für die erste Hälfte des Monats nach Kassel einberufen worden.

Der „Vorwärts“ ist weiter Blätterverhältnisse für Sammler finden, die erogene Behauptungen nicht mit ihrer Person zu bedenken können. In dieser Rolle eignet er sich vorzüglich. — Wenn der „Vorwärts“ aber außerdem Luft verschafft zu einer Diskussion über moralische und sittliche Qualifikationen von Gewerkschaftsführern, so sind wir dazu bereit. Wir empfehlen der „Vorwärts“-Redaktion sich aber vorher bei seiner Verfassungskommission zu erkundigen, die in der Lage ist, ihm für diese Diskussion aus ihren interessanten Verhandlungen verwerthbares Material zu dieser Frage zur Verfügung zu stellen.

Wo sind Bauer und Bischoff? Die Nachricht, daß General Pattis, Oberst Bauer, Major Bischoff und Korvettenkapitän Ehrhardt sich in Budapest aufhalten, soll nach einem amtlichen Meldungen aus Budapest, vollständig aus der Luft gegriffen sein. Nur Oberst Bauer habe sich kurze Zeit in Ungarn aufgehalten, er sei aber nach wenigen Stunden, unbekannt woher, weitergereist. Die Herren Hochwürden haben auch noch keinen Grund, nach Ungarn zu verdrücken. Sie sind in Deutschland so sicher geborgen, daß sie nichts zu befürchten brauchen.

Aus der Parteipresse.

Die sieben erschienenen Nr. 26 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitung „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Der Wille des Volkes von Rud. Weißfeld; Sozialismus und Außenpolitik von Hans Tiedemann; Volkswirtschaft und Sozialdemokratie von Karl Ginz; Wirtschaftskrise 1920 von Bruno Nitz; Neue Schulen der Bourgeoisie von Georg Buche.

Gewerkschaftliches.

Tarifvertrag für die Angestellten in der Chemischen Industrie.

Der Verband der Chemischen Industrie des Zentralverbandes der Angestellten sprach Donnerstag Gen. Rapp über die Wirtschaftslage und den Tarifvertrag in der chemischen Industrie. Der Tarifvertrag, unter günstigen Umständen abgeschlossen, bringt den Angestellten das knappe Existenzminimum. Nun die Arbeit etwas nachläßt, suchen die Arbeitgeber ihre Gewinngewinne vergrößern zu machen und Mittel zu erlangen. Die Angestellten werden sich dadurch nicht von ihren berechtigten Ansprüchen abbringen lassen. Ueber den Tarifvertrag in der chemischen Industrie ist zu berichten, daß man sich seit Monaten in widerwärtigen Verhandlungen um jeden Lohnzettel herumzweigen muß. Besonders der demokratische Kandidat und Unternehmervertreter Dr. Engel ist kompromittiert, durch alle erdenklichen Schliche die Angestellten und Arbeiter um ihren verdienten Lohn zu bringen. Es ist wieder notwendig geworden, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Der Zentralverband der Angestellten wird nicht nachlassen, ehe auch für diese Angestellten ein günstiger Tarif erreicht ist.

Kündigung, Anst.-Erb.-Erbauung, Gew. N. L. S. 2, 25, 1 und 2. Alle ehemaligen Affordarbeiter und Arbeiterinnen vorstehender Gewerke, welche Affordnachzahlung erhalten haben, treffen sich Dienstag, den 22. Juni, vorm. 9 Uhr, vor Anst.-Erb.-Erbauung, desgleichen diejenigen vom Gew. N. L. S. 1, Or. 1 und Or. 2, welche ihre Nachzahlung noch nicht abgeholt haben. Da laut Gesetz ab 20 Juni von jedem Betrag, welcher zur Auszahlung gelangt, 10 Prozent für Steuern in Abzug gebracht werden müssen, ist es ratsam, daß alle in Frage kommenden erscheinen.

Groß-Berlin.

An die Parteigenossen in Groß-Berlin

Zu Montag tritt erstmalig die neue Reichstagsfraktion in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Parteigenossen, die einen oder mehrere Abgeordnete vorstehendend Gewerke, welche Affordnachzahlung erhalten haben, treffen sich Dienstag, den 22. Juni, vorm. 9 Uhr, vor Anst.-Erb.-Erbauung, desgleichen diejenigen vom Gew. N. L. S. 1, Or. 1 und Or. 2, welche ihre Nachzahlung noch nicht abgeholt haben. Da laut Gesetz ab 20 Juni von jedem Betrag, welcher zur Auszahlung gelangt, 10 Prozent für Steuern in Abzug gebracht werden müssen, ist es ratsam, daß alle in Frage kommenden erscheinen.

Die hungernden Postillone.

Man lächelt und: Ein eigenartiges Schauspiel konnte man vor einigen Tagen im Norden erleben. Sechs Postillone mit Harmonika und Schilfern mit verschiedenen Aufschriften, sogen. Hof zu Hof und jungen Vieder, um sich zu ihrem Hungerlohn etwas dazu zu verdienen. Von den Arbeitern wurde die Not anerkannt und die Gaben floßen daher in reichlicher Fülle. Wie mir berichtet wurde, werden die Postillone jetzt in ihrer freien Zeit öfter singen gehen, um ihre Familien nicht hungern zu lassen. Ich glaube auch, daß in der heutigen Zeit eine Kommittee, bestehend aus vier Köpfen, mit 600-700 M. im Monat nicht auskommen kann. Offenlich wird die S. B. D. sich dieses zu Herzen nehmen und für die Pläten etwas besser sorgen. Bei den kommenden Wahlen werden die unteren Postbeamten denen ihre Stimme geben, die ihre Interessen wahrnehmen, und das ist die S. B. D.

Gründung eines Arbeiter-Turn- und Sportvereins für Groß-Berlin.

In einer am 17. d. M. stattgefundenen Versammlung im Gewerkschaftshaus referierte Genosse Meyer über die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller in Frage kommenden Arbeiterturn- und Sportvereine im neuen Groß-Berlin. An Hand von vielen Beispielen erläuterte er die Vorteile eines solchen Zusammenschlusses. Die Ausdrücke, an der sich viele Vertreter der umliegenden Arbeitervereine beteiligten, ergab das Ergebnis, daß in erster Linie sich die Vereine, die dem Arbeiter-Turn- und Sport-Bund angehören, sich zu einem Verband Groß-Berlin zusammenschließen, um dann später eine engere Verbindung aller dem Arbeiter-Turn- und Sport-Bund angehörigenden Organisationen zu ermitteln.

Durch einstimmige Annahme (es waren 37 Turnvereine und 22 andere Sportvereine vertreten) einer im Sinne des Referats abgefaßten Resolution, wurde somit die Gründung einer turnerischen Einheitsorganisation beschlossen. Zweck Durchsührung der Vorarbeiten wurde eine achtköpfige Kommission gewählt, die zu Ende Juli eine neue Zusammenkunft einberufen, um die Verschmelzung der in Frage stehenden Vereine weiter zu regulieren.

Eventuelle Anfragen von Bruderbetreuten, die von der Zusammenkunft keine Nachricht hatten und an der Verschmelzung interessiert sind, wollen ihre Adresse an Reinhold Seitz, Berlin N. 24, Petersburger Str. 63, gelangen lassen.

Produktivgenossenschaften.

Die neu gegründete Schuh-Produktivgenossenschaft stellt am Montag in Gaverlands Hof eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse S und M über genossenschaftliches Produktionswesen sprach. Von der gegenwärtigen Krise ausgehend legte er dar, wie gerade jetzt eine Produktions-Genossenschaft dem dringenden Bedarf nach Schuhschwarzern dienen könnte, indem durch Zusammenfassung die Produktion verbilligt wird, während zugleich ein Teil der Arbeiter vor den Folgen der Krise bewahrt bleibt. Die Schuhfabriken, die nach der letzten Hochkonjunktur bis über 90 Prozent Produktion und Ertragskrisen verfallen haben, legen die Produktion still, da diese Gewinne eingeschränkt werden müssen. Dieser möglichen Ausbeutung soll die Genossenschaft entgegenwirken. In Berlin gibt es bereits Produktivgenossenschaften der Schneider und der Holzarbeiter, die vorzüglich funktionieren. In Weihenfeld sei während des Krieges eine Schuhgenossenschaft mit 15 Arbeitern gegründet worden, die vom Reichsrat Betriebskapital erhielt, und nun in der Lage war, alle Arbeiterinnen und Arbeiter, sowie auch die Angehörigen der in politischen Kämpfen gefallenen und gefangenen Arbeiter gratis Schuhwerk zu stellen. Die neue Genossenschaft wird die Arbeit mit einer großen Reparaturwerkstätte beginnen und dann zur Produktion von Arbeiterkleidung übergehen. Gegen kapitalistische Tendenzen, die sich wiederholt in Produktivgenossenschaften bemerkbar machten, sollen die Bestimmungen des Statuts sichern, wonach nicht mehr als 4 Proz. Dividende verteilt werden dürfen und jeder Genosse ohne Rücksicht auf die Zahl seiner Anteilsscheine nur eine Stimme besitzt, die nicht übertragbar ist.

Prinzipiell wäre dazu zu bemerken: Viele Arbeiterwünsche drängen zur Selbsthilfe in der Produktionsregulierung, da Regierung und Arbeitgebergemeinschaften auf diesem Gebiet so kümmerlich versagt haben. In der kapitalistischen Wirtschaft können sich jedoch nur die Genossenschaften selbstständig erhalten, die zum Großbetrieb gelangt sind. Das Bestreben der Mitglieder, sich nach erreichtem Erfolg, allen Neuaufnahmen entgegen, weil sich der Vermögensanteil der einzelnen durch die steigende Zahl der Mitglieder vermindert. Man sucht dann Vorarbeiter einzustellen oder die Rechte der neuen Genossen einzukürzen. Die Genossenschaft wird auf diese Weise zu einer Aktiengesellschaft, in der allerdings Arbeiter die Aktien sind. Inwendige Bedeutung für den Sozialismus hat sie dann nicht mehr. Die Schuhmacher hoffen diese Gefahr durch die feststehenden Bestimmungen im Statut zu begegnen. Mit größerer Sicherheit könnte dies jedoch geschehen, wenn eine sozialistische Gemeinde oder Kommune Produktivgenossenschaft des Betriebskapital vorzuziehen und in den Leistungsverträgen die Gleichberechtigung der Genossenschaftler zur Bedingung machte. Es ist zu hoffen, daß die neue Genossenschaft solche Förderung findet und dadurch das wird, was sie werden will, eine Vorstufe der Sozialisierung.

Jugendwoche. Die Jugendwochen für Groß-Berlin finden an den drei ersten Sonntagen im September statt. Anmeldungen werden im Bureau, Schilderstraße 6, Hof II entgegen genommen.

Arbeiterbildungsschule, Abteilung Elternarbeit. Am Dienstag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Aula des Könlischen Gymnasiums, Inselstraße, eine Konferenz der Ob- und Stellvertreter und sonst interessierter Elternbeiräte statt. Tagesordnung: 1. der Besinnungsunterricht in der Schule. 2. Praktische Arbeit.

Das 6. Städtische Volkskonzert des Bläser-Orchesters findet am Montag, den 21. d. M., abends 7 1/2 Uhr, in den Germania-Sälen, unter Leitung von Paul Schimpfing, statt. Karten sind zu haben in der „Freiheit“, Breite Straße und an der Abendkasse.

Der Brennholzverkauf im Straßenhandel. Der Magistrat veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der Brennholz im Straßenhandel nur im Dreifünftel und in geklebten Flechbänken von der Berliner Brennholz-Verkaufsgesellschaft von 0,06 Raummeter Inhalt (gleich auf 0,2 Quadratmeter) verkauft werden darf. Der Verkauf in anderen Schnittarten und in anderen Formen, insbesondere nach Gewicht, Rippen und dergleichen ist im Straßenhandel verboten. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Rechtsk. Für die Eltern der die 11. Gemeindegasse an der Jonastraße besuchenden Kinder findet am Montag, den 21. Juni, abends 7 Uhr, in der Aula der Oberrealschule in der Emser Straße eine Elternversammlung statt. Zahlreicher Besuch liegt im Interesse aller Eltern.

Eine Briefkast mit verschiedenen Legitimationen und Parteipapieren ist am Montag, den 14. d. M., auf dem Wege von Baumhofsberg nach dem dortigen Bahnhof oder vom Götter Bahnhof nach der Oberstraße 104, verloren gegangen. Abzugeben im Könlischen Parteibureau, Redarstraße 3.

Der fassiche Dr. Hemberger erkrankt. Nach der Aufführung des gemäßigten Wortes an dem Oberlehrer Dr. Hemberger blieb noch übrig, den Mann festzustellen, der am 26. September 1918 in der Grünauer Forst erkrankt aufgefunden, von Frau Hemberger als ihr Mann bezeichnet und dann auch als Oberlehrer Dr. Hemberger in Grünau beerdigt wurde. Dieser wurde jetzt festgestellt als ein 24 Jahre alter aus Schönfließ gebürtiger Expedient und Stadtvertreter Georg Böttcher, der zuletzt in der Blücherstraße 34 wohnte.

Das Gerücht von einem Wort, das heute morgen im Nordend Berlin verbreitet wurde, ist falsch. Die in ihrer Wohnung, Luxemburger Straße 34, in der vergangenen Nacht tot am Boden liegend aufgefundenen Arbeiterin Henriette Rosensberg ist, wie ärztlich festgestellt wurde, einem Herzschlag erlegen. Voraussichtlich Weiter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Fremisch kühl, zunächst überwiegend trübe und etwas neblig, mit leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden. Später teilweise aufklarend.

Lebensmittellieferer.

Reinholdsdorf. Ein größerer, von der Gemeinde gekaufter Posten prima Frucht- und Rübenstrup wird in den amtlichen Verkaufsstellen und in den Konsum-Geschäften zum Preise von 3 Mk. pro Pfund freihändig abgegeben.

Aus den Organisationen.

1. Berliner Wahlkreis (Wedding). Die Wahlkommission des 3. Kreises hat zu der Stadtverordnetenwahl am Sonntag ihren Sitz im Zentralwahlbureau, Poststr. 65, bei Pfeffer, Telefon: 20 111 2078, Zusammenkunft Sonntag, den 20. Juni, vormittags 10 Uhr. Die zu dem 3. Wahlkreis gehörenden Distrikte wollen ihr gesamtes Wahlmaterial sich aus dem genannten Lokal unverzüglich abholen.
2. Distrikt. Heute abend 6 Uhr große Wahlversammlung am Köhler Bahnhof.
3. Distrikt, 6. Abteilung. Sonntag früh 7 Uhr Treffpunkt aller Genossen vor Bahnhofsplatz, Köhler Str. 101, bei Bronschel.
4. Distrikt (3. Wahlkreis). Das Zentralwahlbureau des 11. Distrikts (3. Wahlkreis) befindet sich bei Poststr. 1, Tel. Humboldt 1594. Die Wahlmaterialien sind schnellstens nach dort abzuholen. Material wird Sonnabend abend nach der Demonstration im obigen Lokal ausgegeben.
5. Distrikt (3. Wahlkreis). Die Genossen treffen sich pünktlich am Sonntag früh um 10 Uhr in den Wahllokalen. Alle sonst verfügbaren Genossen sind sofort nach dem Zentralwahlbureau, Poststr. 1, zu schicken. Die Zugleiter von der Reichstagswahl und die Wahlleiter haben sich um 8 Uhr morgens dort einzufinden.
6. Distrikt, 6. und 7. Abteilung. Sonnabend, den 19. Juni, abends 7 Uhr: öffentliche Kommunal-Wahlversammlung Schulhaus, Poststr. 23 a.
7. Distrikt. Die Resultate von Berlin-Mitte werden bei Rosa, Alsbekstr. 13, entgegen genommen.
8. Charlottenburg. Kinderstuhlkommision. Heute, Sonnabend, pünktlich 7 Uhr, bringende Sitzung im Rathaus, Zimmer 304. Das Ergebnis der Wahl ist nicht abzuwarten.
9. Wahlkreis Treptow-Baumhofsberg. Heute abend 6 Uhr Flugblattverbreitung von den Bezirkskollektoren aus. Große Beteiligung erwünscht. Die Genossen und Genossinnen des Ortszells Treptow, die Wahlhilfe leisten, treffen sich nach Schluß der Flugblattverbreitung bei Köhler, Köhlerstr. 49, die Genossen und Genossinnen des Ortszells Baumhofsberg, die Wahlhilfe leisten, treffen sich Sonntag früh 7 Uhr bei Boges, Baumhofsbergstr. 10.
10. Steglitz. Dienstag 8 Uhr Mitgliederversammlung im Gymnasium, Seestraße.
11. Köhlerberg. Montag 7 1/2 Uhr im Stadtverordnetenwahlbureau, Zimmer 35, Proklamation und kommunale Kommissionssitzung.
12. Pankow. Heute abend 7 Uhr Kommunalwähler-Versammlungen in den Schulen Kaiser-Friedrich-Straße 63 und Wollanstr. 131.
13. Kinderstuhlkommision. Die heute morgen angezeigte Sitzung ist nicht für Berlin, sondern für Charlottenburg.
14. Köhlerberg. Wählergruppen, Festsitzung. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Boges (Parabellumgarten) Köhlerberg, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Stadtverordneter-Kandidat Gen. Köhler über Stadtverordnetenwahl und U. S. P. D.

Bereinsleiter.

- Freiwillige Gemeinde.** Sonntag vormittags 11 Uhr in der Stadthalle, Köhlerstr. 60, Vortrag des Herrn P. König: „Haben wir Kultur? Harmonium: Nocturne (Feld). Gäste willkommen.
- Jugendwochen des Metallarbeiter-Verbandes.** Montag 8 Uhr Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung, Sophienstr. 17/18.
- Wahl der technischen Angestellten und Beamten, Ortsgruppe Pankow.** Mitgliederversammlung Dienstag 7 Uhr bei Wehner, Pankow, Schloßstr. 2.
- Die Kreis Turnerschaft Reinholdsdorf (M. d. K. L. u. Sp. G.)** veranstaltet am Sonntag, den 20. Juni, auf dem Gemeinde-Sportplatz in Wehner, Treptowener Ufer, ein Sport- und Spielfest ihrer drei Abteilungen. Treffpunkt zum Umzug mit Busch, nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem Ideal-Sportplatz, Köhlerstr. Rege Beteiligung ist erwünscht.
- Arbeiter-Verband „Naturfreunde“, Ortsgruppe Köhlerberg.** Die Ortsgruppenversammlung zum Sommerfest findet am 21. Juni, abends 8 Uhr, bei Köhler, Köhlerstr. 67, Ecke Jonastraße statt (nicht im Ideal-Kasino). Die Ortsgruppen werden gebeten, genügend Ordnung zu entsenden.
- Verantwortlich für die Redaktion: Leo Lieblich, Friedenauer Vorstadt 1 f. d. Inserenten: Ludwig Romeliner, Karlshorst Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin — Druck der Lindenbrüder und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 18.

Klassenjustiz

Von Fritz Schneider x Preis 1.50 Mark enthält wichtiges Material für Referenten Organisationen erhalten Rabatt! Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2 Breite Straße 8-9.

Geschäftsführer!

Wir suchen zum sofortigen Eintritt 1. Juli einen weiteren Geschäftsführer. Bedingungen: Mindestens 5-jährige Mitgliedschaft, Organisations- und Verwaltungserfahrung, mit allen einschlägigen Verwaltungsverfahren vertraut. Die Annahme erfolgt nach dem Beschluß der Stuttgarter Generalversammlung. Bewerber wollen unter Angabe des Familienstandes, Alter, Beruf, und den Nachweis ihrer bisherigen Tätigkeit ihre Bewerbungen in geschlossener Umschlagung mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Wilhelm Koch, Görlitz, Luisenstr. 6 in Dresden am 21. Juli einreichen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Görlitz.

DER MORD

Karl Liebknecht
und
Rosa Luxemburg

Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten.
118 Seiten Preis 6.— Mark

Zu beziehen von der
Buchhdlg. „Freiheit“
Breite Straße 8-9.

Altmetalle
Quecksilber, Zahnablässe
kauft zu Schmelzpreisen
Weidenweg 72, Hof.

**Isolierten Kupferdraht,
Litzon und Wachsdraht**
kauft höchstzuehend
Ingenieurbüro Schlichting,
Berlin W 9, Lohstraße 10,
Tel.: Litzow 3705 und 3515.

Spiralbohrer
Schmirzleinen, neu
neu, kauft Adler, Neue
Königstr. 38 (Alexanderplatz),
straßen

Großen

Eleganten Jackettanzüge, mittlere Preiskategorie
Buehls, Dresdener Str. 106 III.

Jackettanzüge, Cityways, Paris, Kolumba, Mittel verkauft enorm billig Leihhaus Moritzplatz 8/9.

Mehrere Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Citywaysanzug, Smokinganzug, Jünglingsanzüge, Jünglingsanzüge, sportlich, Preisgeschäft, Reschlestr. 6 (Moabit)

Vornehme Jackett-, Smoking-, Frackanzüge, Sommeranzüge, Gummikittel, Hosen kaufen sie am billigsten im Leihhaus Rosenberg, Rosenhauer Str. 14.

haben selbst die Kleinen Anzeigen in der „Freiheit“

Annahme in allen Expeditionen des Verlanges

KLEINE ANZEIGEN Geschäftsstelle: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Das Überschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto! Stellengesuche: Überschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Unterricht

Richtiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erprobungsbücher, Postfach 467, Brieftkasten C 2.

Verkaufe

Gardinenverkauf Deutsch, Laniburger Straße 12.

Eleganten Jackettanzüge, mittlere Preiskategorie Buehls, Dresdener Str. 106 III.

Jackettanzüge, Cityways, Paris, Kolumba, Mittel verkauft enorm billig Leihhaus Moritzplatz 8/9.

Mehrere Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Citywaysanzug, Smokinganzug, Jünglingsanzüge, Jünglingsanzüge, sportlich, Preisgeschäft, Reschlestr. 6 (Moabit)

Vornehme Jackett-, Smoking-, Frackanzüge, Sommeranzüge, Gummikittel, Hosen kaufen sie am billigsten im Leihhaus Rosenberg, Rosenhauer Str. 14.

Genossen. Sie sparen 200 Mark und noch mehr bei Ankauf eines Anzugs bei Berger, Bülter Straße 21, vorm. H. Hochhaus Köhlerstr. Tor Reinholdsdorf Kanngaranzüge, Cityways, Covercoats, gestrichelte Hosen, stets große Auswahl.

Kreuzliche, sowie andere neue Pelzwaren aller Art, kleine Versatzwaren, immer noch zu staunenswerten spottbilligen Sommerpreisen im Leihhaus Werschauer Str. 7.

Kreuzliche, Alaska, Bohne und alle anderen Pelzwaren, enorm billige Sommerpreisen, Tawchenhosen, Brillanz, Schmutzschaden, Silberwaren, Leinwand, 203 4, Ecke Rosenhauer Str., 1 Tropfen.

Möbel

Paraffin, Wachse, Paraffin, Terpentin, Malerartikel, auch kleine Posten, kauft Winkler, Oranienburger Str. 12

Grammophon • Platten, auch Beach, Stephan, Neukölln, Julestraße 12 (Raubaun).

Pfandscheine, Wertgegenstände, kauft mit Rückkaufrecht Schmidt & Eggert, Schönberg, Sedanstraße 4.

Kaufgesuche

Band jeder Art, jeden Posten kauft Köhler, Havelberger Str. 14.

Maschinenwaren, Stückwaren, Nähmaschinen, auch kleinere Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Tafelhelm, Ankaufstelle Neukölln, Juliusstraße 39.

Möbel, Spiegel und Pelzwaren, auch kleine Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Möbel, Spiegel und Pelzwaren, auch kleine Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Möbel, Spiegel und Pelzwaren, auch kleine Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Werkzeuge und Maschinen

Kaufgesuche

Band jeder Art, jeden Posten kauft Köhler, Havelberger Str. 14.

Maschinenwaren, Stückwaren, Nähmaschinen, auch kleinere Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Tafelhelm, Ankaufstelle Neukölln, Juliusstraße 39.

Werkzeuge und Maschinen

Kaufgesuche

Band jeder Art, jeden Posten kauft Köhler, Havelberger Str. 14.

Maschinenwaren, Stückwaren, Nähmaschinen, auch kleinere Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Tafelhelm, Ankaufstelle Neukölln, Juliusstraße 39.

Werkzeuge und Maschinen

Kaufgesuche

Band jeder Art, jeden Posten kauft Köhler, Havelberger Str. 14.

Maschinenwaren, Stückwaren, Nähmaschinen, auch kleinere Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Tafelhelm, Ankaufstelle Neukölln, Juliusstraße 39.

Werkzeuge und Maschinen

Kaufgesuche

Band jeder Art, jeden Posten kauft Köhler, Havelberger Str. 14.

Maschinenwaren, Stückwaren, Nähmaschinen, auch kleinere Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Tafelhelm, Ankaufstelle Neukölln, Juliusstraße 39.

Werkzeuge und Maschinen

Kaufgesuche

Band jeder Art, jeden Posten kauft Köhler, Havelberger Str. 14.

Maschinenwaren, Stückwaren, Nähmaschinen, auch kleinere Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Tafelhelm, Ankaufstelle Neukölln, Juliusstraße 39.

Werkzeuge und Maschinen

Kaufgesuche

Band jeder Art, jeden Posten kauft Köhler, Havelberger Str. 14.

Maschinenwaren, Stückwaren, Nähmaschinen, auch kleinere Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Tafelhelm, Ankaufstelle Neukölln, Juliusstraße 39.

Werkzeuge und Maschinen

Kaufgesuche

Band jeder Art, jeden Posten kauft Köhler, Havelberger Str. 14.

Maschinenwaren, Stückwaren, Nähmaschinen, auch kleinere Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Tafelhelm, Ankaufstelle Neukölln, Juliusstraße 39.

Werkzeuge und Maschinen

Kaufgesuche

Band jeder Art, jeden Posten kauft Köhler, Havelberger Str. 14.

Maschinenwaren, Stückwaren, Nähmaschinen, auch kleinere Posten, kauft Köhler, Köhlerstr. 28 a.

Tafelhelm, Ankaufstelle Neukölln, Juliusstraße 39.

Spiralbohrer, neu, jeden Posten kauft Maria, Löwenstraße 2, v. III.

Verschiedenes

Erfinder, Patentwesen, Packer, Gertrudenstr. 18, Zentrum 708.

Beleuchtung, moderne Elektrisch, Gas, auch Zählungserleichterung, Fein & Co. Potsdamer Str. 80 I, Hochbahn Bldgstr.

Arbeitsmarkt

Tüchtige Reisende für Schokolade, H. Dickmann, Berlin O 112, Seemannstraße 11.

Tiermarkt

Schäferhunde, Stuben- hunde, Handverkauft, Ankauf, Dressurbuch 2.— M., Kupfer, Handverkauft, Schell- lands Hundepark, Pallas- straße 28.

Genossen! Werbt für die „Freiheit“!